ROTE KOMMENTARE

30.1.70

Herausgegeben vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund, Heidelberg

Verantwortlich für den Inhalt: R. Heß, c/o AStA, Grabengasse 14
Druck: J. Noth, Heidelberg

Die Wieblinger Interessengemeinschaft reagiert

In den letzten Roten Kommentaren stellten wir die Politik der Anti-Müllwerks-Interessengemeinschaft und den entsprechenden Zusammenhang mit der Heidelberger Stadtverwaltung, d.h. mit Zundel und seinen Hintermännern dar. Wir veröffentlichten Briefe, aus denen deutlich die Einstellung der Herren von der Interessengemeinschaft hervorgeht, als einer solchen, die vom eigenen Geldbeutel bestimmt ist und die nichts mit den eigentlichen Interessen der Wieblinger Arbeiter zu tun hat, nämlich deren Gesundheit.

Einige Wieblinger, die den Bericht "Wie auf dem Rücken der Wieblinger Politik gemacht wird" gelesen haben, handelten spontan, indem sie den Herren der Interessengemeinschaft die Roten Kommentare in den Briefkasten steckten, um ihnen zu zeigen, dass die Zeiten der Mauschelei und der einseitigen Interessenpolitik vorbei sind.

Wie man hört, reagierten die Herren Ruhland, Bühler, Retzbach, Zahn, Schwendling, Bäuerle erschreckt. Sie setzten sich sogleich miteinander in Verbindung, um Gegenmaßnahmen auszuhecken: Bühler, dessen Profitinteressen an den Lohnabhängigen aus seinem Brief an das Regierungspräsidium deutlich werden, wollte sogleich einen Prozess anstrengen; andere wollten die Schreiber "gleich fertigmachen". Die Weiterdenkenden waren damit jedoch nicht einverstanden, wäre doch durch einen Prozess der Sachverhalt aktenkundig geworden. Klar war auch, dass sie mit einer Bürgerwehraktion keine Selbstjustiz gegen unsere Veröffentlichung durchführen konnten. Trotz der Streitereien einigten sich die Herren schliesslich darauf, dass man die Redaktion der Roten Kommentare zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion einladen solle. Bei dieser Veranstaltung wollten sich die Herren mit den Studenten auseinandersetzen, wobei die Wieblinger, wie bei den Bürgerforen zuvor, wieder nichts anderes hätten tun können, als zuzuhören und mal der einen, mal der anderen Seite Beifall zu klatschen. Die Herren wollten damit

Fortsetzung S. 2 →

Bilanzanalyse der Schnellpresse

(Heidelberger Druckmaschinen AG)

Eine Woche vor Weihnachten traten die Arbeiter der Schnellpresse in den Streik, nachdem die Direktion sich nicht bereit gefunden hatte, 65 % des Lohnteils, der den Arbeitern nach Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung zustand, zu zahlen. Nachdem die Direktion 14 Monate lang diesen Lohnanteil zurückgehalten hatte, und die Arbeiter damit einen zinslosen Kredit zu leisten gezwungen waren, hatte die Unternehmensleitung gewagt, den Streik gegen diese Machenschaften mit einer Aussperrung zu beantworten. Aber die Unternehmensleitung konnte diesen Schritt nur einen halben Tag und eine Nacht durchhalten, weil die Arbeiter geschlossen Widerstand leisteten. Die Direktion mußte zahlen, auch den Streikausfall. Dass sie zahlen konnte, zeigt die Bilanzanalyse der Schnellpresse. Sie basiert zwar noch nicht auf den Zahlen von 1969, aber das Jahr 69 wird für das Unternehmen nicht schlechter gelaufen sein, als die Jahre davor. Die Bilanzanalyse soll die wirklichen Ausbeutungsverhältnisse und die gewaltigen Profite aufzeigen. Die Schnellpresse ist aber kein Sonderfall, vielmehr ein ganz durchschnittlicher, was wir anhand weiterer Bilanzanalysen Heidelberger Unternehmen noch beweisen werden.

Die kapitalistischen Unternehmungen, insbesondere Aktiengesellschaften, müssen Bilanzen erstellen und veröffentlichen, damit verhindert wird, daß die Kapitalisten sich untereinander bescheißen. Obwohl sie das natürlich auch tun, vornehmlich betrügen die großen die kleinen Kapitalisten, kann die Kapitalistenklasse als ganze ihren Profit nicht durch Betrug der Kapitalisten untereinander machen. Bilanzen dienen also dazu, den Kapitalisten untereinander mehr Sicherheit zu geben, vor allem den Aktionären, die ja kaum an den Betriebsentscheidungen beteiligt sind. Keinen Aufschluß aber geben die Bilanzen über die wirklichen Quellen des Profits: die Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital. Für die Information der Arbeiter sind die Bilanzen nicht geschaffen, und in den Betriebsversammlungen, in denen die Unternehmer laut Betriebsverfassungsgesetz einen Über-

→

nichts anderes erreichen, als dass die wirklich Betroffenen, nämlich die Wieblinger wieder aus der Auseinandersetzung herausgehalten worden wären. Bei näherem Hinsehen entdeckten die Herren jedoch die Gefährlichkeit der Öffentlichkeit für sie selbst. Sie beschlossen, nun doch die Öffentlichkeit nicht zuzulassen, und stattdessen eine Aussprache im kleinen Kreis zu veranstalten, zu der dann auch die Presse eingeladen werden sollte. Die Überlegung dabei war die, dass die Presse die Öffentlichkeit repräsentieren würde; dabei weiss doch jeder, dass die Presse kaum je kritisch Stellung gegenüber Kapitalisten und wohlhabenden Bürgern bezieht, weil sie weitgehend von denen abhängig ist.

Die Redaktion der Roten Kommentare war aus diesem Grund nicht mit diesem Vorschlag einverstanden. Trotzdem erschien es sinnvoll zu hören, was die Herren nun zu sagen hätten. Der Interessengemeinschaft sollte deshalb vorgeschlagen werden, dass eine Pressekonferenz von ihr veranstaltet wird, zu der ein Vertreter der Roten Kommentare-Redaktion zusammen mit anderen Journalisten eingeladen werden könne. Bevor dieser Vorschlag jedoch übermittelt werden konnte, erhielt die Redaktion die Nachricht, dass sich die Interessenmauschler wieder anders entschieden hatten. Gar keine Veranstaltung mehr sollte nun stattfinden, da doch sowieso niemand mehr kommen würde. Als Grund dafür wurde angegeben, dass jetzt gerade Faschingszeit sei und sich die Wieblinger Arbeiter dafür mehr interessieren würden als für ein solches Bürgerforum. Die Herren der Interessengemeinschaft brauchen außerdem Zeit, um einen Faschingswagen herzurichten, der beim Heidelberger Faschingsumzug mitfahren soll. Auf diesem Wagen soll ein Modell des Müllwerks aufgebaut werden und irgendwie, mit dem Gipskopf Zundels geziert, das Problem Müllwerk darstellen. Auf dem Wagen wollen sich die Herren selbst in Müllfahrerkleidung aufstellen und sich "ihrem" Volk zeigen.

Das war alles was ihnen einfiel: sich als Narren darzustellen. Und das ist ja auch wohl richtig so. Allerdings verstecken sich hinter ihrer Narretei handfeste Interessen.

Für wie dumm halten sie aber die Wieblinger Bevölkerung? Wann erklären die Herren den Wieblingern, was sie eigentlich wollen und was sie in ihrem Namen tun?

Das Bürgerforum ist wichtiger als Heidelberger Karneval!

Fortsetzung d. Bilanzanalyse

blick über die Wirtschaftslage des Unternehmens geben sollen, wird meist noch weniger gesagt, als in den Bilanzen steht.

Wenn wir nun versuchen aus den Bilanzen die wirkliche Ausbeutung der Arbeiter herauszufinden und die tatsächliche Höhe des Profits, müssen wir den Weg des Bilanzbuchhalters von den Verhältnissen der Produktion bis zum verschleierten Kunstgebilde der Bilanz wieder zurückgehen zu den tatsächlichen Ausbeutungsverhältnissen in der Produktion. Die Bilanz der Schnellpresse nehmen wir als Beispiel für einen florierenden Betrieb mittlerer Größe, und zwar die Bilanzen und Ertragsrechnungen der Jahre 1966/67/68. Die neueste Bilanz ist noch nicht veröffentlicht.

1. Besitzverhältnisse

Über die Hälfte des Aktienkapitals der Schnellpresse gehört der Rheinelektra, einem Elektro-Energie-Konzern, der wiederum zu über 60% der Rheinisch-Westfälischen-Elektrizitäts-Aktiengesellschaft gehört. Letztere wird über Aktien mit erhöhten Stimmrecht von der öffentlichen Hand kontrolliert. Die Rheinisch-Westfälische-Elektrizitäts AG ist der mächstigste und expandierendste Elektro-Energie-Konzern der BRD. Seinen Aktionären zahlt er jährlich eine 16%ige Dividende auf das Grundkapital.

2. Gewinn

Die Schnellpresse weist in ihren Bilanzen jährlich einen Gewinn von 6,4 Mio DM aus. Dieser Betrag wird als Dividende an die Aktionäre ausgeschüttet. Wie bei der Muttergesellschaft entspricht das 16% des Grundkapitals. Aber diese 6,4 Mio sind nur ein Bruchteil des tatsächlichen Profits.

3. Investitionen

Ein großer Teil des tatsächlichen Profits wird in das Unternehmen direkt investiert, was den tatsächlichen Wert des Aktienkapitals weit über den Wert des Grundkapitals erhöht. 1966 investierte die Schnellpresse 39,1 Mio, 1967 44,8 Mio und 1968 64,3 Mio DM.
Diese Investitionen teilen sich in Ersatzinvestitionen und Neuinvestitionen. Durch die Investitionen muß der Verschleiß der alten Maschinen und sonstigen Anlagen ersetzt werden (Ersatzinvestitionen). Was über diese Ersatzinvestitionen hinausgeht, sind Neuinvestitionen, d.h. sind akkumulierter Profit.

4. Abschreibungen

Abschreibungen sind die Beträge, die von den Gesamtinvestitionen abgezogen werden müssen für den Verschleiß der alten Anlagen, müßten also den Ersatzinvestitionen entsprechen. Die gesamten Investitionen, abzüglich der Abschreibungen, ergeben den akkumulierten Profit. Die Abschreibungen werden aber in den Bilanzen immer um ein Vielfaches zu hoch angegeben, um den Wert der Anlagen möglichst niedrig erscheinen zu lassen und den akkumulierten Profit, den Teil des Profits, der produktiv dem Unternehmen verbleibt, möglichst klein erscheinen zu lassen. Die Überhöhung der Abschreibungen wird außerdem durch Steuergesetze begünstigt. Für die Abschreibungen braucht der Unternehmer nämlich keine Steuern zu zahlen.
Sind die Abschreibungen erhöht, so wird damit der Verschleiß der Maschinen größer angegeben als er ist. Eine Maschine wird z.B. in fünf oder weniger Jahren abgeschrieben, obwohl mit ihr zehn Jahre produziert wird. Sind die Abschreibungen nun fast ebenso hoch angesetzt wie die Investitionen, wie in den Bilanzen der Schnell-

presse, so wird damit vorgetäuscht, die Investitionen ersetzten nur den Verschleiß der alten Anlagen, obwohl sie tatsächlich die Produktionsanlagen erweitern und technisch verbessern, wodurch mehr Arbeiter billiger ausgebeutet werden können.
In der Bilanz der Schnellpresse erscheint z.B. 1966 für Bauten und Grundstücke ein Wert von 1 DM. Wir wissen zwar, daß die Schnellpresse die meisten Erschließungskosten auf die Gemeinde Wiesloch abgewälzt hat, weshalb diese jetzt auch prozessiert; dennoch wird niemand sagen können, daß die Gebäude und Grundstücke 1966 nur noch 1 DM wert waren, nur weil sie die Schnellpresse so wenig gekostet haben. Im gleichen Jahr investiert nun die Schnellpresse 6,4 Mio in Bauten und Grundstücke und schreibt in der Bilanz diese 6,4 Mio im gleichen Jahr wieder voll ab, sodaß trotz der gewaltigen Investitionen nur wieder 1 DM für den Wert der Bauten und Grundstücke der Schnellpresse ausgewiesen ist.

5. Zulässige Abschreibungen

Rechnet man eine durchschnittliche Lebensdauer der Gebäude von 30 Jahren und sieht einmal davon ab, daß Grundstücke überhaupt nicht verschleißen und sogar ständig höhere Preise wegen der Bodenspekulation erzielen, so wurde in der Bilanz von 1966 bei Gebäuden und Grundstücken 6,2 Mio zuviel abgeschrieben und damit ein Profitanteil verschleiert, der schon fast genauso groß ist wie der ausgewiesene Gewinn von 6,4 Mio. Zulässige Abschreibungen bei Grundstücken und Gebäuden sind jährlich 1/30 des Wertes, also hier 0,2 Mio, wobei wir davon absehen, daß schon der Ausgangswert zu niedrig angesetzt ist und nur die hinzugekommenen Investitionen abgeschrieben werden.
Bei Maschinen sind wir in unserer Analyse von einer durchschnittlichen Lebensdauer von 10 Jahren ausgegangen. Zulässige Abschreibungen bei Maschinen wären also der zehnte Teil des Maschinenwertes und der Investitionen.
Für Werkzeuge und Geschäftsausstattungen haben wir eine durchschnittliche Lebensdauer von 5 Jahren angenommen, wobei die Werkzeuge wohl z.T. eine geringere Lebensdauer, die Geschäftsausstattungen höhere Lebensdauer besitzen (geschätzte Durchschnittslebensdauer).
Im Jahr 1966 hat die Schnellpresse insgesamt 34,5 Mio, 1967 32,6 Mio, 1968 42,1 Mio DM abgeschrieben. Nach unseren Berechnungen hätte sie 1966 nur 24 Mio, 1967 15,7 Mio und 1968 22,8 Mio DM abschreiben dürfen. Allein durch überhöhte Abschreibungen hat sie also 1966 einen Profitanteil von 10,5 Mio, 1967 von 16,9 Mio und 1968 von 19,7 Mio verschleiert und in dem Betrieb einbehalten.

6. Sozialfonds

Die Schnellpresse unterhätl einen Sozialfonds für Pensionszahlungen etc. Für Pensionen wendet sie jährlich zwischen 400.000 und 500.000 DM auf. In den Sozialfonds zahlt sie aber jährlich wesentlich mehr ein, als sie tatsächlich auszahlt. Über diesen Betrag kann sie verfügen. Er stellt einen Teil des Profits dar, der außerdem steuerbegünstigt ist, und diese Steuervergünstigung und nicht das "soziale Anliegen" sind der Grund für die Einrichtung eines Sozialfonds. Abzüglich der geleisteten Pensionszahlungen hat die Schnellpresse 1966 3,3 Mio, 1967 2 Mio und 1968 8,7 Mio an Profit durch die Erhöhung des Sozialfonds verschleiert und zur Verfügung des Betriebs einbehalten.

7. Rückstellungen

Sie sind ebenfalls einbehaltener Profit. 1968 waren es 2 Mio DM.

8. Überprüfung der Schätzungen

Ob unsere Schätzung der einbehaltenen und verschleierten Profite richtig ist, können wir durch folgende Rechnung überprüfen. Ziehen wir von den ausgewiesenen Forderungen (Schulden der Kunden und Lieferanten etc.) die Verbindlichkeiten (Schulden bei Lieferanten und Kunden etc.) und die Bankkredite ab, so haben wir die Summe der Verschuldung des Unternehmens. Mit diesen Schulden konnte ein Teil der Investitionen finanziert werden. Der Betrag, der nicht durch die Schulden gedeckt ist, ergibt die Selbstfinanzierungssumme der Investitionen des Unternehmens. Er muß ungefähr so groß sein, wie die Summe der einbehaltenen und verschleierten Profite aus überhöhten Abschreibungen, Sozialfonds und Rückstellungen. Diese Überprüfung ergibt, daß unsere Schätzung noch für 1966 um ca. 2 Mio zu gering, 1967 um 8 Mio zu hoch und 1968 um 0,6 Mio zu niedrig waren. Für 1968 haben wir zumindest eine Schätzung, die 98% genau ist. An Hand der Gewinn- und Verlustrechnungen können wir jetzt die Verhältnisse etwas genauer bestimmen. (siehe Tabelle).
Vom Umsatz ziehen wir die Kosten ab, aber nur diejenigen, die wir als tatsächliche Kosten angenommen haben. Zunächst einemal ziehen wir den Materialeinsatz ab, sodann die geschätzten zulässigen Abschreibungen, also die Verschleißkosten der Produktionsmittel, die in der Produktion notwendig ersetzt werden müssen, und die Hälfte der sonstigen Aufwendungen.

9. Sonstige Aufwendungen

Sie sind in den Bilanzen meist sehr große Posten, die nicht näher aufgeschlüsselt werden. In diesem Posten sind Werbungskosten, die Spesen für Direktoren und Aufsichtsräte, die unbedingt zum Profit gerechnet werden müssen. Es sind zwar tatsächliche Kosten, aber Kosten, die untrennbar mit dem kapitalistischen System verbunden sind, die den Kapitalisten ihre Kommandoarbeit verschönern und beträchtlich zu ihrem Einkommen beitragen. Es erscheint daher realistisch die Hälfte dieses nicht aufgeschlüsselten Betrages dem Profit zuzurechnen.
Haben wir diese Posten vom Umsatz abgezogen, die dem entsprechen, was bei Marx konstantes Kapital (c) heißt, so erhalten wir den Neuwert, der durch die lebendige Arbeit erzeugt worden ist. Dieser Neuwert wird im kapitalistischen System zwischen Kapital und Arbeit geteilt, wobei die Kapitalistenklasse den Arbeitern nur soviel zugesteht, wie zur Erhaltung der Arbeitskraft und ihrer Fortpflanzung vonnöten ist. Dieser Anteil freilich wechselt je nach dem kulturellen Niveau (Lebensstandard) und nach der Intensität des Klassenkampfes, der Stärke der Arbeiterklasse im Kampf mit dem Kapital. Freilich ist das Verhältnis von Lohn und Profit auch unterschiedlich je nach Größe und Ertragsfähigkeit des Betriebs.

Fortsetzung S. 5 →

	1966	1967	1968
Gesamtumsatz incl. Zinserträge etc.	252 163 325.-	254 807 306.-	304 504 128.-
- Materialeinsatz (c 1)+	98 299 085.-	89 615 229.-	102 287 992.-
	153 864 240.-	165 192 077.-	202 216 136.-
- zulässige Abschreibung (tatsächlicher Verschleiss der produkt. Anlagen) (c 2)+	24 025 856.-	15 733 762.-	22 870 466.-
- zulässige sonstige Aufwendungen (c 3)+	9 002 321.-	15 469 105.-	15 243 331.-
Neuwertschöpfung (v+m)	120 836 063.-	133 989 210.-	164 102 339.-
- Löhne und Gehälter + soziale Abgaben (v)+	73 990 411.-	76 234 402.-	89 894 730.-
Profit (m)	46 845 652.-	57 754 808.-	74 207 509.-
vom Profit gehen an:			
Aktionärskapitalisten, hauptsächlich Muttergesellschft.	6 400 000.-	6 400 000.-	6 400 000.-
an das Bankkapital	692 000.-	569 524.-	287 719.-
an den kapitalistischen Staat, (Steuern)	16 263 510.-	13 828 478.-	23 624 664.-
insgesamt nicht im Betrieb verbleibend A	23 255 510.-	20 798 002.-	30 312 383.-
Sozialfonds	3 300 000.-	2 000 000.-	8 700 000.-
Rückstellung		2 000 000.-	
Abschreibungsgewinn	10 600 000.-	16 800 000.-	19 200 000.-
insgesamt im Betrieb verbleibend B	13 900 000.-	20 800 000.-	27 900 000.-
Rest, verschleierte Einkommen u. ähnliche Kosten ca.	9 690 000.-	16 157 000.-	15 995 000.-
Mehrwertrate = Ausbeutungsrate $\frac{\text{Profit}}{\text{Löhne}} = \frac{m}{v}$	64 %	77 %	80 %
Das heisst:	40 %	43 %	45 % der

Arbeitszeit wird für den Profit der Kapitalistenklasse gearbeitet. Also fast die Hälfte der Arbeitszeit.

Profitrate $\frac{\text{Profit}}{\text{Kapitaleinsatz}} = \frac{m}{c+v}$ 23 % 29 % 34 %

+ c 1 + c 2 + c 3 = konstantes Kapital
v = variables Kapital

10. Ausbeutungsrate und Profit

Bei der Schnellpresse ist die Ausbeutungsrate (das Verhältnis Profit zu Lohn) 1966 64%, 1967 77% und 1968 80%. Wie sehr die Produktivkraft der Arbeit erhöht und die Ausbeutung verschärft wurde, wird deutlich, wenn man errechnet, daß 1966 die Arbeiter 40% ihrer Arbeitszeit für den Profit des Kapitals, 1967 schon 43% und 1968 45% gearbeitet haben.

Der wachsende Anteil der Profite am Neuwert, erklärt sich durch die rapide Steigerung der Produktivkraft der Arbeit, sowohl bedingt durch die Einführung neuer Maschinen, als auch der Intensivierung der Arbeit. Auch die Profitrate, also das Verhältnis von Profit zu gesamtem Kapitaleinsatz hat sich von 1966 23% bis 1968 auf 34% erhöht. Vergleicht man den tatsächlichen Profit mit dem in der Bilanz ausgewiesenen Gewinn von 6,4 Mio, so kann man erkennen, daß der ausgewiesene Gewinn 1968 schon weniger als 10% des wirklichen Profits ausmacht.

11. Profitanteile der verschiedenen Funktionen des Kapitals

Vom Profit erhalten zunächst die Aktionärskaptialisten einen Teil, sodann die Direktoren, Aufsichtsräte, sodann das Bankkapital in Form von Zinsen für vorgeschossenes Kapital.

Der kapitalistische Staat erhält auch seinen Teil. Er sorgt für die Sicherheit der Unternehmungen des Kapitals und schützt es vor den berechtigten Ansprüchen der Lohnarbeit. Dafür müssen die Lohnarbeiter selbst noch arbeiten, wobei festzuhalten ist, daß die Steuerbelastung der Lohnabhängigen weit schneller zunimmt, als die des Kapitals. Das kann man schon in der Bilanz erkennen. 1967 betrug der Steueranteil des Kapitals fast 3 Mio weniger als 1966, obwohl das Unternehmen sowohl seinen Umsatz als auch seinen Profit kräftig erhöhen konnte. Überhaupt kann man sagen, daß die Schnellpresse im Jahr der Rezession von der Krise durch Steuererleichterung und Lohnstop profitiert hat. Ähnlich wie die großen Monopole hat die Schnellpresse an der Krise nur gewonnen. Der Streik vor Weihnachten zeigte, daß die Arbeiter der Schnellpresse die Situation richtig einschätzen.

12. Die weitere Entwicklung

Sobald die Bilanz für 1969, wahrscheinlich Mitte Juni, veröffentlicht sein wird, werden wir die Analyse fortsetzen und vor allem die Auswirkungen der analytischen Arbeitsplatzbewertung untersuchen.

Warum streiken die Kriegsdienstverweigerer ?

Als das westdeutsche Heer 1954 aufgebaut werden sollte, warf man der noch kriegsmüden Bevölkerung den Brocken der Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung hin. Solange die Zahl der Kriegsdienstverweigerer verschwindend gering und ihre Begründung vorwiegend religiös war, konnte diese Minderheit vom System ohne weiteres verkraftet werden. Mit der zunehmenden Zahl der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung und der Politisierung sieht sich das System mit einer Gefahr konfrontiert, die es mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht.

Als Weihnachtsgeschenk für die Ersatzdienstleistenden haben sich die Gruppenleiter der staatlichen Ersatzdienstgruppen etwas Feines einfallen lassen. Am 4.12.1969, hoch auf der verschwiegenen Burg Lahneck, mauschelten sie ein Geheimpapier aus, das ihren Vorgesetzten im Bundesverwaltungsamt (BVA) empfahl, mißliebige Ersatzdienstleistende in Arbeitslager zu stecken. Nach einer Liste von Diffamierungen entpuppten sich die wahren Befürchtungen dieser Herren. Auch sie hatten nämlich langsam - dafür aber umso todsicherer - erkannt, dass Kriegsdienstverweigerer nicht bloß aus reiner Gewissensberuhigung der Bundeswehrromantik absagen, sondern dass die politische Einstellung in der Mehrzahl Inhalt der Begründungen wird. Um diese politischen Verweigerer in den Griff zu bekommen, wurde gefordert, "für die woanders unmöglich gewordenen Dienstleistenden sollten staatliche Gruppen mit eigenen Unterkünften und eigenen Arbeitsaufgaben geschaffen werden."

Da wir nicht vorhaben, als erste die Konzentrationslager auszuprobieren, in die eines Tages streikende Arbeiter gesteckt werden sollen, traten wir am 13.1.70 in einen dreitägigen Warnstreik. Während dieses Streiks stellte sich heraus, dass ein solches Lager bereits in Schwarmstedt bei Hannover besteht. In ehemaligen Bundeswehrbaracken, umgeben von Stacheldraht, Wachposten, und durch die Lage inmitten von Moor isoliert, sind 17 Ersatzdienstleistende bereits eingesetzt, um das Lager für 150 Ersatzdienstleistende auszubauen. Nachdem das BVA hartnäckig die Erfüllung unserer Forderungen, das Lager Schwarmstedt aufzulösen, verweigerte, traten am 27.1.70 in der ganzen BRD Gruppen in den Streik.

Was wollen wir durch unseren Streik zum Ausdruck bringen ?

Da wir erkannt haben, dass der Aufbau von Lagern nach altbewährtem Muster nur ein Symptom der Krankheit unseres "freiheitlich demokratischen Rechtsstaates" ist, richtet sich unser Streik zwangsläufig gegen die bestehenden Herrschaftsverhältnisse in diesem Staat. Die Verhältnisse im Ersatzdienst sind genauso wie die Verhältnisse im Betrieb, in der Schule, in der Universität bestimmt von dem grundlegenen Widerspruch im kapitalistischen System.

Der Produktion gesellschaftlichen Reichtums durch die Arbeiterklasse und der Aneignung dieser Reichtümer durch wenige Kapitalisten.

So ist es auch zu verstehen, dass Klinikprofessoren, die sich jährlich um Millionen an Patienten bereichern, ein reges Interesse am Einsatz von billigen Ersatzdienstlern zeigen, um sich damit die "hohen" Lohnkosten der regulären Arbeitskräfte zu ersparen. Wir lassen uns nicht als Lohndrücker einsetzen!

→

Wir werden solange weiterstreiken, bis das Arbeitslager Schwarmstedt aufgelöst und uns zugesichert wird, dass ähnliche Lager nicht errichtet werden.

Seid solidarisch! Kämpft gegen eure Unterdrücker wie wir gegen unsere!

Da wir für die Dauer des Streiks weder Sold noch Verpflegung bekommen bitten wir euch um Spenden auf das Konto:
Spendenkonto: Deutsche Bank, Heidelberg, Rüdiger Haußmann, Kto.-Nr.: 02/67328; Kennwort: Streik

Ersatzdienstgruppe Heidelberg

Arbeitslager Schwarmstedt ←

Opposition in den Gewerkschaften: Ausschluß von Bonno Schütter

Die Streiks des Jahres 1969 haben etwas von der tiefen Kluft zwischen den Arbeitern und den Bürokraten ihrer gewerkschaftlichen Organisationen sichtbar werden lassen. Die Funktionäre aller Industriegewerkschaften, die über dem Schacher mit den Geldern ihrer Arbeiterschaft ihre Aufgaben vergaßen - im ökonomischen Kampf der Arbeiter voranzuschreiten, Streiks zu organisieren, die Arbeiter für die Dauer dieser Streiks zu verproviantieren und den zähen und notwendigen Kampf der Lohnabhängigen um kleine Verbesserungen ihrer Lage, mit allen Mitteln mit denen die Arbeiter sie dafür ausgestattet haben, zu unterstützen - sehen mit scheelen Augen auf alle Aktionen der Massen.

Im September des vergangenen Jahres, als steigende Preise bei gleichbleibenden Löhnen, die Existenz zahlloser Arbeiter unmittelbar bedrohten, verwiesen die Gewerkschaften auf die Tarifverträge, die ihnen jeden Versuch, in dieser bedrohlichen Situation für ihre Mitglieder einzutreten, angeblich untersagten. Auch dann, als jedem Arbeiter klar war, daß die Unternehmer durch Preissteigerungen und verschärfte Ausbeutung die günstige Gelegenheit zum Einstreichen gewaltiger Extraprofite benutzten, beharrten die Gewerkschaften auf ihren Tarifverträgen, die längst zu Blankoschecks für die Unternehmer geworden waren.

Als die Arbeiter den Kampf um die Erhaltung ihres Existenzminimums dennoch begannen und selbst gegen den entschiedenen Widerstand der Gewerkschaften erfolgreich führten, als Massendemonstrationen und Fabrikbesetzungen für Tage dem deutschen Kapital die Unsicherheit seiner geborgten Macht zeigten, - verweigerten die Gewerkschaften den Arbeitern die Streikgelder. Achselzuckend verwiesen die Funktionäre auf die Gesetze, die ihnen die Unterstützung "wilder" Streiks verbieten. Die Summen, die die Beiträge der Arbeiter in ihre Kassen gespült hatten, hätten zu einer langandauernden Unterstützung der Streikenden ausgereicht.

Die Hochkonjunktur des September 1969, in der jeder Produktionsausfall für die Unternehmer schwere Profiteinbußen bedeutete, hätte die Kapitalisten zum schnellen Nachgeben gezwungen und den Arbeitern die ungeschmälerte Erfüllung ihrer Forderungen gebracht. Stattdessen mußten die Streiks mit Kompromissen, die außerdem nicht eingehalten wurden (vgl. Bericht über den Streik in Saarbrücken in "Rote Kommentare" vom 12.9.69) beendet werden.

Die Verweigerung der Streikgelder bewahrte den Gewerkschaften die Gunst des Kapitals, aber die Arbeiter, die sich nun auch noch von ihren eigenen Organisationen bestraft sahen, begannen sich auf den Zweck zu besinnen, zu dem sie einst die Gewerkschaften gegründet hatten, und von dem heute die Funktionäre nichts mehr zu wissen scheinen. Die Massendemonstrationen der empörten Arbeiter zu den Gewerkschaftshäusern, die Protestresolutionen und das Auspfeifen der Gewerkschaftsfunktionäre, wo immer sie auftraten, blieben ohne Wirkung. Die Funktionäre treten heute eher noch unverschämter auf und mit Arendt wurde ein besonders reaktionärer Funktionär zum Minister für Arbeit gemacht, der seine Rolle als Zuchtrute der Arbeiter in markigen Reden so deutlich aussprach, daß selbst die Zeitung der IG-Metall dagegen wetterte.

Daß die Gewerkschaftsbonzen heute fester denn je in den gut gepolsterten Sesseln sitzen, verdanken sie, so widersprüchlich das scheint, dem Klassenbewußtsein der organisierten Arbeiter.

Die Drohung, die Gewerkschaftsbücher zurückzugeben, und die Ankündigung von Massenaustritten, von den Arbeitern im September im ersten Zorn beschlossen, blieben unausgeführt, weil die Arbeiter wissen, daß die elendeste, korrupteste Organisation noch geeignet ist, die Position der Arbeiter im Klassenkampf zu stärken, wohingegen sie vereinzelt der Willkür der Unternehmer hilflos ausgesetzt wären.

je weniger die Gewerkschaften bereit sind, den notwendigen ökonomischen Kampf zu führen, desto mehr müssen die Arbeiter wie in den September-Streiks, diesen Kampf, auch gegen die Gewerkschaften, führen.

Häufig werden die Betriebsräte und Vertrauensleute zu Transmissionsriemen der Gewerkschaften gemacht, zur Verhinderung einer notwendigen Interessenvertretung. Linke Vertrauensleute und Betriebsräte werden aus ihren Funktionen herausgeboxt, weil sie den Interessen der Arbeiter alles andere unterordnen.

Sie sehen sich daher gezwungen, bei Betriebsrats- und Vertrauensleutewahlen mit einer eigenen Liste gegen die offizielle Liste anzutreten. Die Wahl linker Betriebsräte und Vertrauensleute ist wie ein Steinwurf gegen die Glaspaläste der Gewerkschaftszentralen. Das im folgenden geschilderte Beispiel zeigt zweierlei:

1. Solche Initiativen können erfolgreich sein, weil der ökonomische Kampf im Kapitalismus notwendig ist,
2. Solche Initiativen stoßen auf den zynischen Widerstand des seine Aufgaben nicht mehr erfüllenden Gewerkschaftsapparates.

Am 9. Januar empfahl eine Untersuchungskommission der IG-Metall dem Vorstand in Frankfurt:

den Betriebsratsvorsitzenden der Bremer- Klöckner - Hütte , Bonno Schütter, das Betriebsratsmitglied Heinrich Bär, sowie den Arbeiter Karl Zöllich, aus der IG-Metall auszustoßen, zwei Arbeiter für die Dauer von zwei Jahren und zwei weitere für ein Jahr von Versammlungen und Funktionen auszuschließen und 25 weitere Arbeiter schriftlich zu rügen.

Die IG-Metall Zentrale hat inzwischen entschieden, daß der Vorsitzende des Betriebsrates von Klöckner, Bonno Schütter, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wird, Bär und Zöllich für 3 Jahre von allen Funktionen entbunden und alle übrigen gerügt werden sollen.

Die IG Metall glaubt damit einen Schlußstrich unter die Auseinandersetzungen in der Bremer Klöckner - Hütte gezogen und die ihr Unbequemsten unter den Arbeitern endlich mundtot gemacht zu haben. Der Betriebsrat der Klöckner- Hütte, die mit 6 000 Beschäftigten zu den größten Werken Norddeutschlands zählt, war bis 1966 traditionell links gewesen. 1966 gelang es durch die vereinten Bemühungen von SPD und Gewerkschaft, diese linke Mehrheit zu brechen und einen sozialdemokratischen Vorsitzenden des Betriebsrats zu stellen (Heinz Prott).

Trotzdem verstanden es die linken Arbeiter in der Hütte, die sich auf starke Unterstützung der Belegschaft verlassen konnten, Kampfmaßnahmen durchzusetzen und entscheidende Forderungen der Belegschaft nach Erhöhung der Prämien, besserer Pausenregelung usw. durchzusetzen.

Während der Bremer Schüler Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhung der Straßenbahn im Januar 1968, solidarisierte sich der Betriebsrat der Hütte mit den Schülern, während der Bremer DGB-Boß Richard Bolljahn versuchte, die Arbeiter gegen die Schüler und Lehrlinge zu mobilisieren. Die linken Betriebsräte der Hütte antworteten mit Veröffentlichungen über die Ämterhäufung und die Verfilzung privater und öffentlicher Interessen des DGB - Chefs und erreichten dessen Ablösung.

Von diesem Augenblick an war es erklärtes Ziel des IG-Metall Vorstandes und der Bremer SPD Führung, die Linken in der Bremer IG Metall mundtot zu machen. Die Entlassung des zweiten Betriebsratsvorsitzenden Bonno Schütter, wegen Beteiligung an den Notstandsaktionen, kam der Gewerkschaft sehr gelegen, denn mit ihm wurde sie einen der tatkräftigsten Linken los. Der Sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende Heinz Prott, der, - wie eine Reihe weiterer Betriebsräte - durch außerordentliche Gehaltserhöhungen und allerlei Extras von der Betriebsleitung inzwischen gekauft worden war, versuchte nun, die Linken in der Hütte völlig auszuschalten.

Statt sich um die Belange der Belegschaft zu kümmern, setzte die SPD-Clique im Betriebsrat eine antikommunistische Hetze gegen Bonno Schütter in Gang. Die Betriebsratstätigkeit verkam immer mehr.

Den Arbeitern blieb das nicht verborgen und sie reagierten mit scharfen Angriffen gegen den Betriebsrat in den Betriebsversammlungen.

Die Umstellung des Produktionsverfahrens der Bremer Klöckner Hütte auf ein rentableres und unkomplizierteres Produktionsverfahren hatte einen Teil der Arbeiter, die ja unter anderem nach den sogenannten Arbeitserschwernissen bezahlt werden, erhebliche Lohneinbußen, in einigen Fällen bis zu DM 1,30 pro Stunde, gebracht. Schikanen wie Schichtverlegungen auf den Samstagabend und eine verschärfte Ausbeutung steigerten die Unzufriedenheit der Belegschaft weiter.

Die Linke in der Hütte forderte, als der Termin der für 5. - 8. Mai 1969 festgesetzten Betriebsrats - wahlen näherrückte, die Placierung der Kandidaten auf der Liste nach alphabetischer Reihenfolge vorzunehmen und zu garantieren, daß das Stimmergebnis jedes Kandidaten bei der Konstituierung des neuen Betriebsrats berücksichtigt wird. Damit sollte verhindert werden, daß dasselbe geschah wie nach den Wahlen von 1966, wo verschiedene linke Vertreter , die mit die meisten Stimmen auf sich hatten vereinen können , von der SPD Betriebsratsmehrheit aus allen Funktionen des Betriebsrats ferngehalten worden waren.

Die IG-Metall Leitung lehnte das ab und machte deutlich, daß es ihr darum ging, das Ergebnis der Wahl von 1966 zu zementieren. Daraufhin lehnte Bonno Schütter seine Kandidatur ab und verließ mit cirka 30 Kollegen die Sitzung und stellte eine eigene Liste zur Betriebsratswahl auf. Der Versuch der SPD-Betriebsratsmehrheit, Bonno Schütter durch eine antikommunistische Hetze schachmatt zu setzen, (Bonno Schütter war vor 1956 Mitglied der KPD und kämpft heute noch wie ein richtiger Kommunist für die unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft) wurde durch die Entscheidung der als linke Sozialdemokraten bekannten Kollegen, Heinz Bär und Karl Zöllich, ebenfalls eine eigene , dritte Liste aufzustellen, zunichte gemacht.

Die IG-Metall und die SPD versuchten in den folgenden Wochen , mit den übelsten Verleumdungen in ihren Flugblättern (Apo-Einpeitscher usw.), die Kandidaten der Oppositions - Listen herabzusetzen. Schließlich griff sogar die Zentrale der IG-Metall mit einem von Otto Brenner und Eugen Loderer unterzeichneten Flugblatt in den Wahlkampf ein und drohten offen mit dem Ausschluß der auf den Listen 2 und 3 kandidierenden Arbeiter.

Die vom 5.-8. Mai durchgeführten Wahlen brachten der IG-Metall eine vernichtende Niederlage. Die offizielle IG-Metall -Liste erhielt 36% der Stimmen, die Liste 2 von Bonno Schütter und Max Müller dagegen 50,9%, die Liste 3 von Bär und Zöllich 12%. Das bedeutete die absolute Mehrheit für die Linken in der Hütte.

Nach neuesten Informationen hat die Betriebsleitung der Klöckner Hütte, im Verfahren um die Entlassung Bonno Schütters, vor dem Arbeitsgericht, einen Vergleichsvorschlag gemacht. Sie bot 32 000 DM Entschädigung für die Entlassung. Diese Summe zeigt, für wie bedeutend und gefährlich die Unternehmensleitung die politische Initiative Bonno Schütters hält.

Bonno Schütter wird den Vergleich wahrscheinlich annehmen müssen, da er nicht wie der Unternehmer, der seine Profite aus der Arbeitskraft der Belegschaft zieht, beliebig lange prozessieren kann.

Das sind die Forderungen, mit denen Bonno Schütterund sein Kollege Max Müller bei der Betriebsratswahl im Mai 1969 in der Klöckner Hütte Bremen kandidierten:

KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!
DURCH DIE VERLEUMDUNGSKAMPAGNE PROTTS UND DER IG-METALL-FUNKTIONÄRE WIRD BEWUSST VERHINDERT, WAS JETZT IN DER BELEGSCHAFT DISKUTIERT WERDEN MUSS:
DAS ARBEITSPROGRAMM UND DIE AUFGABEN DES NEUEN BETRIEBSRATS!

ZUR SACHE

- SICHERUNG DER ARBEITSPLÄTZE DURCH DEN AUSBAU DER HÜTTE. (BEI DEM GEPLANTEN INVESTITIONSVORHABEN VON 500 MILL. DM, ANGEMESSENER BETRAG FÜR SOZIALINVESTITIONEN.)
- REGULIERUNG DER INNERBETRIEBLICHEN LÖHNE, ERHÖHUNG ALLER PRÄMIEN UND GEHÄLTER AUFGRUND DER ERHEBLICH GESTIEGENEN PRODUKTIVITÄT.
- ERSTELLUNG NEUER SCHICHTPLÄNE MIT REGELUNG DER FEIERTAGSBEZAHLUNG. REGELUNG DER ARBEITSZEIT UNTER BERÜCKSICHTIGUNG DER WÜNSCHE DER BELEGSCHAFT.
- AUSBAU DER SOZIALEINRICHTUNGEN (GESUNDHEITSFÜRSORGE)
- SCHAFFUNG DIREKTER ENTSCHEIDUNGSMÖGLICHKEITEN DER BELEGSCHAFT IM BETRIEB UND IN DEN BELEGSCHAFTSVERSAMMLUNGEN.
- STÄNDIGER KONTAKT ALLER BETRIEBSRÄTE (AUCH DES VORSITZENDEN) MIT DER BELEGSCHAFT. (UNTERRICHTUNG DER BELEGSCHAFT DURCH HERAUSGABE EINES REGELMÄSSIG ERSCHEINENDEN INFORMATIONSBLATTES DES BETRIEBSRATES, DAMIT DIE BELEGSCHAFTSVERSAMMLUNGEN FÜR DIE DISKUSSION FREI WERDEN.)
- KEINE SONDERPRIVILEGIEN FÜR FREIGESTELLTE BETRIEBSRÄTE. BETRIEBSRAT IST KEIN BERUF!
- NEUWAHLEN FÜR DEN VERTRAUENSKÖRPER. (IN DEN LETZTEN 5 JAHREN ERFOLGTEN KEINE GENERELLEN VERTRAUENSMÄNNERWAHLEN)

DARUM GEHT ES BEI DIESER BETRIEBSRATSWAHL!

DAS ARBEITSPROGRAMM BLEIBT EINE LEERE VERSPRECHUNG WENN DER NEUE BETRIEBSRAT NUR AUF SICH ALLEIN GESTELLT IST. MIT DER AKTIVEN MITARBEIT DER GESAMTEN BELEGSCHAFT IST ES ZU VERWIRKLICHEN.

KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!
SELBST IG-METALL-FUNKTIONÄRE MÜSSEN ALS GUTE DEMOKRATEN EURE ENTSCHEIDUNG RESPEKTIEREN!
DENN IHR SEID DIE GEWERKSCHAFT!
DIE IG-METALL-LEITUNG HAT NICHT DAS RECHT, EUREN DEMOKRATISCHEN ENTSCHEID ZU MISSACHTEN UND DEN NEUEN BETRIEBSRAT ZU "BOYKOTTIEREN" UND ÜBER MASSNAHMEN GEGEN IHN ZU BERATEN.
DIE GEWERKSCHAFT SEID IHR! EURE ENTSCHEIDUNG IST AUCH FÜR DIE IG-METALL-LEITUNG BINDEND!

AUCH IN DER ZUKUNFT WERDEN WIR ALS KONSEQUENTE GEWERKSCHAFTER DAFÜR EINTRETEN, DASS DIE IG-ME EINEN ENTSCHIEDENEN KAMPF IM INTERESSE DER KOLLEGEN FÜHREN WIRD.

WÄHLT DARUM EURE KANDIDATEN DER LISTE 2!

BONNO SCHÜTTER
MAX MÜLLER

Liste 2

VERANTWORTLICH: BONNO SCHÜTTER · KLUTHSTRASSE 24